

Chercheling
 Nebenproduktberatung
 Joachim Schneider
 Leipartstraße 12
 81369 München
 Telefax: 089/ 21 54 31 40
 Telefon: 0 8 9 / 21 54 31 40 1
groups.google.com/g/posthoernchenschalen
 chercheling
 @e.mail.de

Sozialgericht München
 Richelstraße 11
 80634 München
 Telefax: 089 2367 290
Unterschiedener Postbrief mit CD-ROM folgt.

**Arbeitsagentur verweigert Sonderantrags-Bescheide und bestraft Beschwerde:
 Taschengeldzahlungen von Mutter fallen plötzlich nicht mehr unter Freibetrag.
 Trotz Einstellung von Taschengeldzahlungen effektiv doppelt gekürztes ALG II.
 (Aktenzeichen des Sozialgerichtes S2 AS 1207/23, Kundennummer der Arbeitsagentur:
 843D473788; Bedarfsgemeinschaftsnummer: 84308 / 0029803)**

Aktenzeichen anhängiger Verfahren:

- Strafbefehl wegen »Unerlaubten Entfernens vom Unfallort« und wegen »fahrlässiger Körperverletzung« in Fahrradunfall mit angeblicher MVG- (Krankenhausuntersuchung) oder SWM-Mitarbeiterin (Anwalt) auf Zebrastreifen auf dem Weg zur Kündigung von Strom und Gas im August 2018:
 bei der Unfallaufnahme der Polizei: 8571-011728-18/6
 beim Amtsgericht: 943 Cs 415 Js 185618
 beim Landgericht München I: 24 Ns 415 Js 185618
 beim Oberlandesgericht: 22 AR 103
 Wiederaufnahmeverfahren beim Wiederaufnahmegericht Starnberg:
 1 Cs 51 Js 27435/21 WA
 Beschwerdeverfahren gegen Richterin Henninger, die mir auf meine Teilschulderklärung und Gegenanzeigen einen Pflichtanwalt mit Spezialisierung auf Ausländer- und Visumsrecht aufzwingt und das Strafverfahren zu meinen Gunsten einstellt und das Bußgeld aufhebt: 1 Qs 21/22
 - Meine Gegenanzeigen seit 2018:
 - bei der Staatsanwaltschaft München I:
 415 Js 118864(Gemmer); 415Js 119318(Cloos)
 - bei der Generalstaatsanwaltschaft:
 401 Zs 2379(Gemmer) und 401 Zs 2396(Cloos)
 - Vollstreckungsverfahren der Geldstrafe pünktlich zur Entlassung aus der Psychiatrie im Mai 2021, noch unter gerichtlicher Betreuung, eingestellt: 415 VRs 185618/18
 - Wiederaufnahmeverfahren im Strafbefehlverfahrens, bei der Staatsanwaltschaft München II:
 51 Js 27435/21
 - Zusätzliches Zivilgericht um Schadenersatz gegen mich seit 2020:
 beim Landgericht München I: 17 O 14400/20
 - Beschwerden bei der Rechtsanwaltskammer
 - Schlüttenhofer: B/846/2022. Anwalt der Klägerin, will bei laufender Strafanzeige gegen mich wegen Unfallschuld meine Haftpflichtversicherungsnummer als für alle Fälle angefordert haben und will meine Antwort nicht erhalten haben.
 - Künzinger: B/1014/2022. Von ehemaligem gerichtlichen Berufsbetreuer angestellt, will gegen meinen Willen dessen Strategie eines Plädoyers auf meine Schuldunfähigkeit durchhalten und auf meine Teilschulderklärungen »zu gegebener Zeit« zurückgreifen, und will meine Gegenanzeigen nicht übernehmen.
 - Richterin Wild weigert sich, Notanwalt zu bestellen
- Strafantrag wegen Meldebetrug, Bedrohung, Belagerung, Spionage, Verleumdung und Beleidigung in Sachen der Briefaktion »Prince Ritzinger c/o Schneider« gegen Nachbarn, Hausverwaltung, Hausmeister, meinen Vermieter und Bruder, beteiligte Firmenabsender und Unbekannte
 bei der Staatsanwaltschaft München I: 261 AR 2847/18
 Beschwerdeverfahren bei der Generalstaatsanwaltschaft München: 22 Zs 2483/18 g
 mehrmals auf mehreren Polizeiwachen unbegründet und bedrohlich auf Zivilprozess abgewiesen worden
 - Strafantrag wegen Raubwerbung und Bedrohung und wegen Sachbeschädigung

in Sachen angeschnittener Pseudo-Biberbäume an meinen »Stammplätzen«

(meiner Flugblattverteilung am Thalkirchner Platz in München und an meinem Badeplatz hinter dem Loisachzufluss nahe der Bootslände in Wolfratshausen)

- bei der Polizei Wolfratshausen: BY1619-007444-21/0
- bei der Staatsanwaltschaft München II: 43 UJs 1795/22 qu
- Beschwerde bei der Generalstaatsanwaltschaft München: 403 Zs 618/22 b

- Strafanzeige wegen Postanschriftfälschung, Kundendienst-Schikane und Vergraulung durch verschworene *Hacker*, gegen den *Server*-Dienst »Basic Networks« und weitere, unbekannte Täter
Staatsanwaltschaft I: 258 AR 1546/23
 - Beschwerde gegen die Polizeiwache Treffauerstraße (PI 15)
Aktenzeichen: PI15: BY8515-013932-22/1
Staatsanwaltschaft I: 123 AR 5699/22
Generalstaatsanwaltschaft: Beschwerde gegen StAI wegen Abfertigung vom 24. Januar 2023 meiner Beschwerde gegen PI15: 201 Zs 374/23 a
 - Beschwerde gegen StAI wegen Abfertigung meiner Strafanzeige gegen »Basic Networks«: 204 Zs 679/23 c
- Klage gegen die Arbeitsagentur seit Juli 2023 vor dem Sozialgericht München wegen grob unbilliger Kürzung von monatlichen Taschengeldzahlungen von meiner Mutter, mit 105€ im Freibetrag und plötzlich angelegentlich Beschwerde um Begünstigung durch die Arbeitsagentur, die mich meine Überschüsse aus Heizkostenpauschalen nicht zurückzahlen lassen will, das aber ebenso nicht bescheiden will, wie gleichzeitig zumindest die Ablehnung meiner Anträge auf Kostenübernahmen nicht. (Aktenzeichen des Sozialgerichtes S2 AS 1207/23)
- Zwangsweise Medikation und Entrechtung
 - Eingestelltes Betreuungsverfahren 2022: 716 XVII 1233/22
 - Betreuungsverfahren 2020/21: 716 XVII 1388/20
 - Beschwerdeverfahren zum Betreuungsverfahren 2020/21 am LG I: 13 T 1617/21
 - Beschwerdeverfahren zum Betreuungsverfahren 2019:
 - Betreuungsverfahren 2019: 716 XVII 5114/19
 - Unterbringungsverfahren 2019: 716 XIV 2032(L)
 - Nach Aufhebung der Betreuung im Juli 2021 Abbruch sämtlicher Beschwerdeverfahren:
 - Gegen die Gutachterin Nicole Cicha, die ihre Gutachten nachweislich willkürlich und fehlerhaft und betrügerisch begründet hat
 - Gegen ehemaligen Betreuer Jürgen Baumgartner, wegen Vernachlässigungen, Versäumnissen und deren betrügerischer Verschleierung
 - Gegen das Betreuungsgericht, das sich über meine sämtlichen Widersprüche hinweggesetzt hat, meiner Schreiben seit Einladung zum Gerichtsverfahren vor der Abholung der Polizei Ende Oktober 2020, sowie vor dieser Einladung, unter dem früheren Aktenzeichen
 - Gegen das frühere Betreuungsgericht, das sich auch schon über meine Beschwerden hinweggesetzt hatte
 - Gegen das Beschwerdegericht, weswegen man mich im Frühjahr 2021 in der Zwangsunterbringung in der Psychiatrie Haar an das Bundesverfassungsgericht nach Karlsruhe verwiesen hatte
 - Beschwerdeverfahren gegen das Beschwerdeverfahren für Nachbarn von 2019, im seit November 2017 öffentlichen und seit Sommer 2018 angezeigten Nachbarstreit
 - Gescheiterter Schriftwechsel zur Vorbereitung von sachlichen Gesprächen und gescheiterter Hausbesuch, im April 2019:
beim Sozialreferat (S-IV-SBH-SW-TR1-BSA | Frau Viktoria Astfäller): S-IV-SBH-SW-TR1-BSA
 - Gescheiterter Schriftwechsel und gescheiterte Terminvereinbarung für sachliche Gespräche zum Nachbarstreit im Mai, Juni, Juli 2019:
beim Gesundheitsreferat (Sozialpsychiatrischer Dienst RGU-GVO33 | Herr Mahler): 2019/SPD.A/000.295-3
 - Abgesagte psychiatrische Begutachtung im August 2018:
beim Gesundheitsreferat (Gesundheitsschutz RGU-GS-KVA-PB | Frau Dr. Kiemer): RGU-GL-KVA/PS
 - Eilunterbringung in der Psychiatrie Haar anlässlich einer Verkehrskontrolle und eines verweigerten Alkoholtests, in deren Beschluß die Lügen und Verleumdungen von Nachbarn erstmals angegeben wurden:
beim Gesundheitsreferat (Gesundheitsschutz RGU-GS-KVA-PVB | Herr Abriel): RGU-GGS-KVA-PVB-ab
 - Anstehende Beschwerde und Richtigstellung seit August 2019:
nach November 2019 erst seit Juli 2021 erneut beim Gesundheitsreferat selbst (Gesundheitsschutz GSR-GS-KVA-PVB | Herr Martin Kellner): GSR-GS-PVB
 - Erneute Prüfung der »Erforderlichkeit« einer Betreuung im März 2022 anlässlich meiner Strafanzeige gegen Raubwerbung:
beim Sozialreferat (S-I-SIB/B3) | Frau Françoise Lombard): kein Zeichen angegeben
beim Betreuungsgericht 716 XVII 1233/22 | »Verfahren wegen Anordnung einer Betreuung« eingestellt mit Bescheid vom 18. März 2022
 - Erneute Prüfung der »Erforderlichkeit« einer Betreuung seit Januar 2023
beim Sozialreferat (S-I-SIB/B3) | Frau Boguslaw-Maier
beim Betreuungsgericht 716 XVII 6430/22: 18. Januar 2023: Nach Antrag auf Notanwalt in Beschwerde bei Richterin Wild vom Zivilgericht München wegen vorauseilender Kündigung der Rechtsanwältin Künzinger; Wiedereinsetzung der Verfahrenspflegerin von 2020/21 Monika Hagn trotz Beschwerden auch wieder von der Richterin Frau Stocker-Weigand; eingestellt mit Bescheid vom 15. Mai 2023.
 - Erneute Prüfung der »Erforderlichkeit« einer Betreuung seit Februar 2024
beim Sozialreferat (S-I-SIB/B3) | Frau Boguslaw-Maier
beim Betreuungsgericht 716 XVII 745/24: 13. Februar 2024: »Aufgrund einer Anregung«, wieder

durch Bruder und Vermieter Ingo Schneider, trotz anhängender Beschwerden gegen dessen Betreuungsantrag von 2019, trotz Anzeigen wegen Vermietersachen, unterlassener Hilfeleistung im Nachbarstreit, Verleumdung und zuletzt Verdacht auf Bestechung. Trotz anhängender Beschwerden wieder bei Richter in Stocker-Weigand, trotz anhängender Beschwerden wieder Psychiaterin Nicole Cicha zur Gutachterin bestellt, die wieder nicht auf Richtigstellungen eingeht. Bestellung von RA Falkenhagen als Prozessbevollmächtigten für Zivilsachen mit Beschluss vom 17. Juli 2024 trotz Widerspruch bei Verhandlung vom 14. Juli 2024.

Anlagen auf *CD-ROM* anbei:

- »Finanzstati« von Januar 2023 - Juli 2024
 - Kassenzettel meiner Einkäufe von 2017 bis Ende 2023
 - Rechnungen und Mahnungen der SWM für Strom und Gas seit 2022
 - Bisheriger Schriftwechsel mit dem Sozialgericht in Sachen meiner Klage gegen die Arbeitsagentur Az. S2 AS 1207/23
 1. Klageschrift per Fax-Sendung vom 19. September 2023 mit den Teilen:
 1. Klageschrift vom 19. September 2023: 6 Seiten.
 2. Kopie des Widerspruchsbescheides der Arbeitsagentur vom 25. August 2023: 4 Seiten.
 3. Kopie meiner beiden Beschwerdeschreiben vom 24. Mai 2023 und 19. Juli 2023, nebst Empfangsbestätigungen: 9 Seiten.
 4. Kopie meines Anschreibens zum Weiterbewilligungsantrag vom 18. Oktober 2021: 5 Seiten.
 5. Weiterbewilligungsantrag vom 19. September 2023: 4 Seiten. (Zur Weiterleitung an die Arbeitsagentur!)
 6. nebst Anschreiben: 4 Seiten
 7. und EKS: 2 x 6 Seiten.
 8. Kopien von Rechnungen: 11 Seiten.
 9. Kopien von Kontoauszügen: 22 Seiten.
 2. Brief vom Sozialgericht. Rechtlicher Hinweis mit Aufforderung zum Rückzug der Klage vom 22. November 2023 des Sozialgerichtes, nebst Formular dafür und Zweitausfertigung, sowie Weiterleitung der Stellungnahme des Gegners vom 31. Oktober 2023
 3. Brief vom Sozialgericht. Absichtserklärung ohne mündliche Verhandlung zu entscheiden vom 22. November 2023
 4. Mein Schreiben vom 11. Dezember 2023 zur Aufrechterhaltung meiner Klage und Beschwerde gegen das Sozialgericht, und Ankündigung der unaufgeforderten Einreichung aller meiner Kassenzettel seit 2017 über meine Internetseite bis zum Freitag, 15. Dezember 2023, nebst Telefaxreport.
 5. Mein Widerspruch vom 11. Januar 2024 gegen den *WBA*-Bescheid vom 16. Dezember 2023, der mir das Taschengeld von meiner Mutter abzieht, obwohl sie die Zahlungen eingestellt hatte, sowie Entschuldigung für Fristversäumnis freiwilliger Einreichung von Kassenzetteln, nebst Telefaxreporten an Sozialgericht und Arbeitsagentur.
 6. Brief vom Sozialgericht vom 12. Januar 2024, das kurzfristig doch eine mündliche Verhandlung anberaumt für den 1. Februar 2024.
 7. Telefax vom Sozialgericht vom 29. Januar 2024, das mich auffordert, eiligst meine vollständigen Kontoauszüge seit September 2023 einzureichen oder zur Verhandlung mitzubringen.
 8. Mein Telefax vom 30. Januar 2024 zur Absage der Verhandlung und mit Hinweis auf meine Internetseite zum Herunterladen der angeforderten Kontoauszüge seit September 2023.
 9. Empfangsbestätigung der Pforte der Richelstraße 11 für Brief vom 7. Februar 2024 mit Ausdrucken der Kontoauszüge
 10. Brief vom Sozialgericht vom 2. Februar 2024, mit Sitzungsprotokoll der Verhandlung.
 11. Brief vom Sozialgericht vom 8. Februar 2024, das die abgegebenen Kontoauszüge nicht lesen könnte.
 12. Mein Brief vom 28. Februar 2024, mit CD-ROM mit Kassenzetteln seit 2017 und Kontoauszügen seit Anfang 2023, nebst Empfangsbestätigung der Pforte der Richelstraße vom 29. Februar 2024.
 13. Brief vom Sozialgericht vom 26. Juni 2024, mit Aufforderung die Kontoauszüge seit September 2023 einzureichen.
 - Schriftwechsel um Antrag auf vorläufige Kostenübernahme für überhöhte Heizkostenrechnung bei der Arbeitsagentur
 1. Mein Schreiben vom 18. April 2024 (Schreibfehler: 18. Februar 2024!), Faxreport der Kopie fürs Sozialgericht
 2. Schreiben der Sachbearbeiterin Grosser der Arbeitsagentur vom 18. April 2024, das Fax wäre schlecht lesbar.
 3. Mein Schreiben vom 25. April 2024, Faxreport der Kopie fürs Sozialgericht
 4. Bescheid der Sachbearbeiterin Grosser der Arbeitsagentur vom 13. Mai 2024
 5. *WBA*-Bescheid der Arbeitsagentur vom 21. Mai 2024
 6. Meine Beschwerde vom 21. Mai 2024, nebst Bon vom Priobrief und Bildschirmausdruck vom Hochladen ins Internetkonto.
 7. Bescheid der Arbeitsagentur vom 18. Juni 2024, Unterschrift meiner Beschwerde über Internet-Postfachnachricht vom 21. Mai 2021 würde fehlen
 8. Meine nachträglich zum 20. Juni 2024 unterschriebene Beschwerde vom 21. Mai 2024, nebst Telefaxreport und Bildschirmausdruck vom Hochladen ins Internetkonto.
 9. Zwei Widerspruch-Bescheide von Sachbearbeiter*in Hartung der Arbeitsagentur vom 20. Juni 2024. 1. gegen die »Heizkosten von Mai 2024« und gegen den Bescheid vom 13. Mai 2024. Und 2. gegen die »Höhe der Heizkosten für den Zeitraum vom 1.06.24 - 31.05.25« gegen den *WBA*-Bescheid vom 21. Mai 2024.
 - Dieses Schreiben.
-

Sehr geehrte Damen und Herren!

1. Zwischen September 2023 und Mai 2024 hat mir die Arbeitsagentur das Taschengeld meiner Mutter abgerechnet, obwohl sie die Zahlungen eingestellt hatte und obwohl ich das gemeldet hatte, und obwohl ich den Verwendungszweck für die früheren Zuwendungen Dritter nachgetragen hatte. Auch gegen das Sozialgericht liegt Ihnen meine Beschwerde schon vor, das mir den Freibetrag von 100€ ebenfalls verweigert hat. Näheres lesen Sie anbei im vollständigen Schriftwechsel auf der CD-ROM.
2. Auf CD-ROM auch die Kontoauszüge, die Sachbearbeiter*in Lechner mit Schreiben vom 26. Juni 2024 nochmals bis zurück zum September 2023 angefordert hat, sowie nochmals die Kassenzettel der CD-ROM vom 29. Februar 2024, die bis Februar 2024 alle Kontoauszüge schon enthält.
3. Die Arbeitsagentur verweigert mir seit Ende 2021 Bescheide auf mehrere besondere Anträge. Hauptsächlich hatte ich angeboten, überschüssige Heizkostenpauschalen zurückzuzahlen, und hatte gleichzeitig eine Kostenübernahme beantragt für eine Abgashaube als Notlösung für das Herdabgas. Zuerst beschwert hatte ich mich bei der Arbeitsagentur selbst, und zwar, daß man sich auf einen inoffiziellen Vergleich ins Vertrauen schleichen würde, den ich vorgeschlagen hätte. Auf meine Beschwerden hatte mir die Arbeitsagentur 2023 das Taschengeld von meiner Mutter erstmals nicht mehr unter den Freibetrag gerechnet, und zeitgleich auf meine Beschwerde deswegen hatten die SWM im Sommer 2023 unüblich spät erstmals überhöhte Rechnungen gefordert.
4. Der langen Bearbeitungsdauer beim Sozialgericht wegen habe ich im Rechnungstreit mit den SWM bei der Arbeitsagentur vorläufig ein Darlehen beantragt, für meine sehr viel höheren Heizkosten für das Jahr 2023/24, durch die mehr als verdoppelten Preise der SWM und durch deren Abrechnungsdatierungen, und durch das offene Fenster. Unter der Belagerung durch Nachbarn muss ich einen Fensterkamin schaffen und bei offenem Fenster heizen, um unabhängig von den andauernden Sprühangriffen auf das sowieso gekippte Küchenfenster Luft zu haben.

Trotz meiner anstehenden Beschwerden hat man Sachbearbeiterin Grosser meinen Antrag bearbeiten lassen, und sie hat mir diese besonders hohen Heizkosten mit Bescheid vom 13. Mai 2024 genehmigt und gezahlt, allerdings die außerdem irreführend-fehlerhaft ungenauen Beträge der Rechnung von den SWM, an die sie vermutlich außerdem einen versteckten überschüssigen Betrag überwiesen hat, die sie vielleicht für die Stromkosten vorgesehen haben will, die ebenfalls höher als sonst ausfallen, weil die SWM mir auch den Strompreis zwischenzeitlich unangekündigt verdoppelt und auch diese Ablesungen betrügerisch datiert hatten.
5. Die Rechtsbehelfsstelle der Arbeitsagentur teilt mit ihren zwei Widerspruchsbescheiden vom 20. Juni 2024 meine Beschwerde auf in zwei Vorgänge: gegen die »Heizkosten von Mai 2024« im Bescheid vom 13. Mai 2024, und zweitens gegen die »Höhe der Heizkosten für den Zeitraum vom 1.06.24 - 31.05.25« im *WBA*-Bescheid vom 21. Mai 2024, und damit folgt Sachbearbeiter*in Hartung der uneinheitlichen und vermutlich üblichen Rechnungsführung von Sachbearbeiterin Grosser in dem Bescheid vom 13. Mai 2024, die mir im Rechnung-System der Arbeitsagentur alle Nachzahlungen der Heizkosten von 2023-2024 auf den Monat Mai 2024 legt. Sachbearbeiter*in Hartung legt sich meine Beschwerde zurecht in einen Widerspruch gegen Nachzahlung und einen gegen Abschlagszahlungen und geht auf meine Begründung jeweils nicht ein, weder auf die fehlerhaften Beträge für die Heizkosten, noch auf den angezeigten überschüssigen versteckten Betrag, der bei den SWM eingegangen sein dürfte. Sachbearbeiter*in Hartung schlägt ein Darlehen aus, und will mir weder gegen den neuen Versuch der Vereinnahmung und Vertrauenserschleichung der Sachbearbeiterin Grosser noch im drohenden Mahnungs-Streit mit den SWM Hilfe leisten. Wie die Sachbearbeiterin Grosser hat auch Sachbearbeiter*in Hartung die amtliche Pflicht verweigert, und die Rechnungschikane der SWM nicht strafrechtlich angezeigt.
6. Was ich hiermit Ihnen nun ausdrücklich antrage, und Sie bitte, meine Strafanzeige gegen die SWM weiterzuleiten. Ich hatte bereits in meinem ersten diesbezüglichen Antrag bei der Arbeitsagentur vom 18. April 2024 auf die Preisverdoppelung hingewiesen und in der Wiederholung vom 25. April 2024 ausdrücklich um vorläufige Bezahlung über ein Darlehen ersucht, eine Kopie hatte ich damals auch dem Sozialgericht gefaxt. Ich verweise mit meinem Briefkopf auch bei der Arbeitsagentur auf meine abgelehnten Strafanzeigen und Beschwerden bei der Staatsanwaltschaft und Polizei, die dem Betreuungsgericht folgen, das meine Beschwerden und Richtigstellungen bisher nicht annimmt.
7. Andernfalls bitte ich, auch die Zahlung der schikanehaft überhöhten Stromrechnung, vorläufig zu übernehmen, am besten als Darlehen, und die Zahlung durch Sachbearbeiter*in Grosser wenn nicht zurückzufordern, mir in ein Darlehen umzuwandeln.
8. Die Zahlungen von überhöhten Abschlägen für Heizkosten im Voraus an die SWM beantrage ich jedenfalls, einzustellen.

Bitte entschuldigen Sie die Verspätung in der Frist zur Klage gegen die Widerspruch-Bescheide der Arbeitsagentur vom 20. Juni 2024. Zwischen einem neuen Betreuungsverfahren auf einen neuen Antrag durch meinen Bruder und Vermieter Ingo und einer Ladung des gerichtsärztlichen Dienstes hatte ich die Zeit nicht gefunden .

Mit vielen Grüßen,

Joachim Schneider